

# Bürgerhaushalt: SPD und Grüne scheitern mit Vorstoß

Hauptausschuss votiert mit großer Mehrheit gegen Einführung / OB verweist auf Kosten und hohe Komplexität

**Baden-Baden (pf) – Die Bürger werden nicht über den Etat der Stadt entscheiden: Mit großer Mehrheit hat sich der Hauptausschuss des Gemeinderats gestern Abend gegen einen Bürgerhaushalt ausgesprochen.**

Die Debatte über den Bürgerhaushalt geht auf einen Antrag der SPD-Fraktion zurück. Dem Vorschlag hat sich die Fraktion der Grünen angeschlossen. Am 20. Juli wird sich der Gemeinderat abschließend mit dem Thema befassen. Nach dem gestrigen Votum – fünf Stimmen für den Bürger-

haushalt, neun dagegen – ist indessen keine Mehrheit für die Einführung zu erwarten.

Jene hatte die SPD unter anderem damit begründet: Erweiterte Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung gehörten zu den Forderungen aller demokratischen Parteien und Gruppierungen. Ein Bürgerhaushalt sei ein Instrument der Bürgerbeteiligung, „bei dem die Bürger aktiv in die Planung von kommunalen Ausgaben und Einnahmen und damit die Verwendung der öffentlichen Gelder einbezogen werden“. Dies sei ein „geeignetes Mittel“, um die Anteilnahme an der städti-

schen Zivilgesellschaft zu erhöhen.

SPD-Fraktionschef Kurt Hochstuhl hat gestern Abend auch auf Stuttgart verwiesen. Dort hätten sich 18 Prozent der Wähler an der Erstellung des Bürgerhaushalts beteiligt. Es gehe darum, Vertrauen und Transparenz zu schaffen. „Demokratie ist nicht zum Nulltarif zu haben“, sagte Hochstuhl. Er kritisierte damit den Verweis der Verwaltung auf die Kosten, den ein Bürgerhaushalt verursache.

Der Aufwand sei finanziell und personell hoch, hatte die Verwaltung im Vorfeld der Sit-

zung argumentiert. „Wir arbeiten mit einer schlanken Mannschaft. Und ich möchte die Verwaltung möglichst effizient da einsetzen, wo es den größten Mehrwert für die Bürger hat“, so OB Margret Mergen gestern Abend. Zudem: Es sei „sehr ambitioniert“, zu erwarten, dass die Bürgerschaft die Komplexität eines Haushalts nachvollziehen könne.

Diese Sicht teilte CDU-Fraktionschef Armin Schöpflin, zumal man sich in einer Phase der Haushaltskonsolidierung befinde. Hans-Peter Ehinger (Freie Wähler) pflichtete bei und betonte: „Jeder Bürger

kann sich jederzeit einbringen.“ Hans Schindler (FDP) sah zudem die Gefahr, „dass sich Minderheiten über Mehrheiten erheben“. Auch Tilman Schachtschneider (Freie Bürger) erachtete einen Bürgerhaushalt als „äußerst schwierig“. Lediglich Beate Böhlen (Grüne) stützte den SPD-Antrag: Die Bürger könnten sich „massiv einbringen“. Sie wies darauf hin, dass das Vertrauen der Bürger teilweise erschüttert sei. Durch einen Bürgerhaushalt werde auch die Akzeptanz von Entscheidungen gefördert. Daraufhin ergriff OB Mergen

erneut das Wort. Die Verwaltung informiere ausführlich. Sie selbst sei viel mit Bürgern im Gespräch. Ein Problem sei, dass viele Bürger sich nicht mehr für das große Ganze interessieren. Man könne Bürger anlass- und themenbezogen einbinden. Sie stehe für die repräsentative Demokratie.

In Stuttgart können die Bürger im Internet abstimmen. In diesem Jahr haben sich mehr als 38 000 Menschen beteiligt. Sie haben die Vorschläge mit „gut“ und „weniger gut“ bewertet. Auf den ersten Plätzen liegen durchweg Sanierungen oder Neubauten.

◆ **Kommentar**